



Erfurter Propst Falcke*
Ärger mit Staatsvertretern

aufgaben unserer Zeit – Überwindung des Abschreckungssystems, globale Gerechtigkeit, Naturbewahrung – weit zurückbleibt“, und daß man gerade sie „oft nur schwer zum Bleiben ermutigen“ könne.

Doch der Propst, in der DDR wegen seines Engagements für Umwelt und Frieden bekannt, empfiehlt den ost-deutschen Ökopaxen, sie sollten Konflikte durchsetzen und sich „nicht auf totale Konfrontation festlegen, sondern sich auf praktikable Schritte und fruchtbare Kompromisse einlassen“. Falcke: „Das weiche Wasser bricht den Stein.“

Tatsächlich ist der stete Tropfen keineswegs versiegt. Zwar ist die Absicht der Einheitssozialisten deutlich, mit der Ausreisewelle auch das Störpotential aus dem Land zu schwemmen. Doch von einem Zerfall der staatsunabhängigen Öko- und Friedensbewegung kann keine Rede sein.

In Thüringen versammelten sich letzten Monat 200 Delegierte von Friedensgruppen. Teilnehmer berichteten, sie seien von den Behörden regelrecht bedrängt worden, das Land zu verlassen. Viele mußten sich von SED-Funktionären den bislang nur im Westen gängigen Spruch anhören: „Geh doch rüber.“

Auch in anderen Städten trafen sich christliche Gruppen, Studentenzirkel und Anhänger der DDR-weiten Bewegung „Frauen für den Frieden“ zu Seminaren. In Leipzig diskutierten Friedensfreunde, man müsse endlich von den „ewigen Kerzendemos“ wegkommen und im Alltag mehr Zivilcourage zeigen.

In Wittenberg versammelten sich Ende März gut zwei Dutzend Umweltgrup-

pen. Sie propagierten für Juni, wie in den Vorjahren, einen autofreien Tag im ganzen Land. Und im Sommer wollen Protestanten in Ost-Berlin wieder Blues-Messen und eine Friedenswerkstatt veranstalten.

Obwohl der Appell der Oberhirten an ihre Schäflein, bei der Herde zu bleiben, der SED ins Konzept paßt, verfolgt sie die ambivalente innerkirchliche Debatte mit Mißtrauen. Auf die vielfältigen Aktivitäten und die Kritik an mangelnder innerer Liberalität reagiert die Parteiführung wie gehabt: mit Drohungen und Freundlichkeiten.

Führende Kirchenleute, die mit SED-Funktionären über die Ausreisewelle konferierten, wurden streng ermahnt, sich nur ja nicht weiter vorzuwagen. Ärger mit Staatsvertretern handelte sich auch Propst Falcke wegen seiner offenen Worte ein.

Noch aber zehrt die Kirche vom Lutherjahr-Bonus. Während der Feiern zum 500. Geburtstag des Reformators voriges Jahr waren die Protestanten von der SED zuvorkommend behandelt worden. Und auch jetzt noch verströmt Klaus Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen, bei öffentlichen Auftritten vorwiegend Wohlwollen.

Auf einem Treffen von Kirchenjournalisten in Herrnhut mahnte er vor kurzem, die Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Christen dürfe nicht in den Westmedien ausgetragen werden. An der allergischen Grenze zwischen beiden Militärblöcken müsse man darauf achten, daß es zwischen Staat und Kirche nicht zu einer „globalen Konfrontation“ komme.

An der ist auch den Christen nicht gelegen: Sie wollen der SED-Führung innere Reformen abhandeln.

Die Partei habe es in der Hand, argumentierte ein Dresdner Kirchenmann, dem Sog gen Westen ein Ende zu bereiten. Dazu müsse sie für Meinungsvielfalt sorgen sowie allen Bürgern das Recht auf Verwandtenbesuche und Urlaubsreisen einräumen.

Darauf drängt auch die Kirchenführung. Deren politischer Manager Manfred Stolpe orakelte vor der Synode der Berlin-Brandenburgischen Kirche, eine solche Entscheidung wäre längst gefallen, wenn nicht ein „Geflecht sicherheitspolitischer, ökonomischer und innenpolitischer Faktoren“ berücksichtigt werden müßte. Auch die Genossen im Politbüro und Ministerium des Inneren wüßten, „daß Reisen die Heimat lieb gewinnen läßt und Direktumgang mit gefährlichen Einflüssen besser immunisiert als theoretische Belehrungen“. Deshalb hoffe er, daß die Verantwortlichen „einen hilfreichen Weg“ fänden.

Stolpes Fazit: Mancher Ausreisetransfer wäre wohl nicht gestellt worden, wenn viele DDR-Bürger das Nachbarland Bundesrepublik „nicht nur über den Glorienschein von Quelle-Katalogen in einer halben Vergoldung“ gesehen hätten.

ATOMKRAFT

Werbende Zellen

Die Siemens-Tochter Kraftwerk Union ringt um einen Milliarden-Auftrag in der Türkei. Bonn hilft nach Kräften – auch mit Steuergeldern.

Helmut Kohl mußte einen unangenehmen Beschwerdebrief beantworten. Verärgert beschuldigte US-Präsident Ronald Reagan seinen „dear Helmut“, daß die deutsche Regierung US-Firmen ein Leid zugefügt hätte.

Gemeinsam mit der deutschen Firma Kraftwerk Union (KWU) nämlich bemühte sich die US-Firma General Electric um einen Milliarden-Auftrag in der Türkei: In Akkuyu, im Süden des Landes, soll ein 1000-Megawatt-Kernkraftwerk errichtet werden.

Reagan verbitterte, daß die Bonner Regierung der Siemens-Tochter KWU für den eventuellen Türken-Auftrag eine staatliche Hermes-Bürgschaft über 1,4 Milliarden Mark zugesagt hatte. Diese Zusage, so der Präsident, habe die US-Firmen aus dem Rennen geworfen.

Zwar ist eine Hermes-Bürgschaft lediglich eine Exportversicherung, die einspringt, wenn der Käufer nicht zahlen kann. Doch so unberechtigt war die Beschwerde des US-Präsidenten nicht: Mit Nachdruck bemüht sich Bonn, der KWU in der Türkei zum Erfolg zu verhelfen.

Nachdem der US-Bewerber ausgeschieden ist, gilt es nun, die kanadische Firma AECL zu überrunden. Dabei hilft vor allem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, im Kabinett verantwortlich für die Sicherheit der heimischen



Kernkraftwerks-Förderer Zimmermann
In Ankara alle Zweifel ausgeräumt?

* Bei einer Friedensdemonstration 1983 in Bonn.

Reaktoren. Er bürgt bei den Türken für Atomqualität „Made in Germany“.

Die Sicherheit der konkurrierenden Reaktoren ist inzwischen zur entscheidenden Frage geworden. Die Kanadier bieten mit dem „Candu“-Reaktor einen erprobten Natur-Uran-Meiler an. Referenzanlagen können in Kanada überprüft werden, wo ohnehin zahlreiche türkische Nuklearexperten gelernt haben. Deshalb neigen einflussreiche Türken zur kanadischen Technik.

Die KWU dagegen will in Akkuyu einen „exportoptimierten Drei-Loop-Reaktor“ errichten, den man noch nirgendwo besichtigen kann. Um beim Preis mithalten zu können, so behaupten Kernkraftkritiker, habe die Siemens-Tochter KWU einen Atommeiler mit einem „abgemagerten Sicherheitskonzept“ entwickelt.

KWU-Sprecher Joachim Hospe bestreitet das. Man habe lediglich auf einige „überzogene“ Forderungen, die von den Behörden in der Bundesrepublik gestellt würden, verzichtet.

Doch die Türken blieben mißtrauisch: Warum denn, so fragten sie, die Anlage – wenn sie billiger und trotzdem sicher sei – nicht in Deutschland gebaut werde und ob sie nach deutschem Recht überhaupt genehmigungsfähig sei.

Um diese Frage glaubwürdig beantworten zu können, brauchten die KWU-Akquisiteure amtliche Hilfe. Die wurde ihnen zuteil.

Anfang Februar schickte Innenminister Zimmermann seinen für Reaktorsicherheit zuständigen Ministerialdirektor Hans-Peter Bochmann und Professor Adolf Birkhofer, den stellvertretenden Vorsitzenden der Reaktorsicherheitskommission, zur Belehrung der Türken nach Ankara.

Beide Herren bemühten sich zwar um Distanz zur gleichzeitig angereisten KWU-Delegation. Sie bemühten sich aber auch, die Zweifel von Professor Nejat Aybers, des Leiters der türkischen Atomenergiekommission, zu zerstreuen.

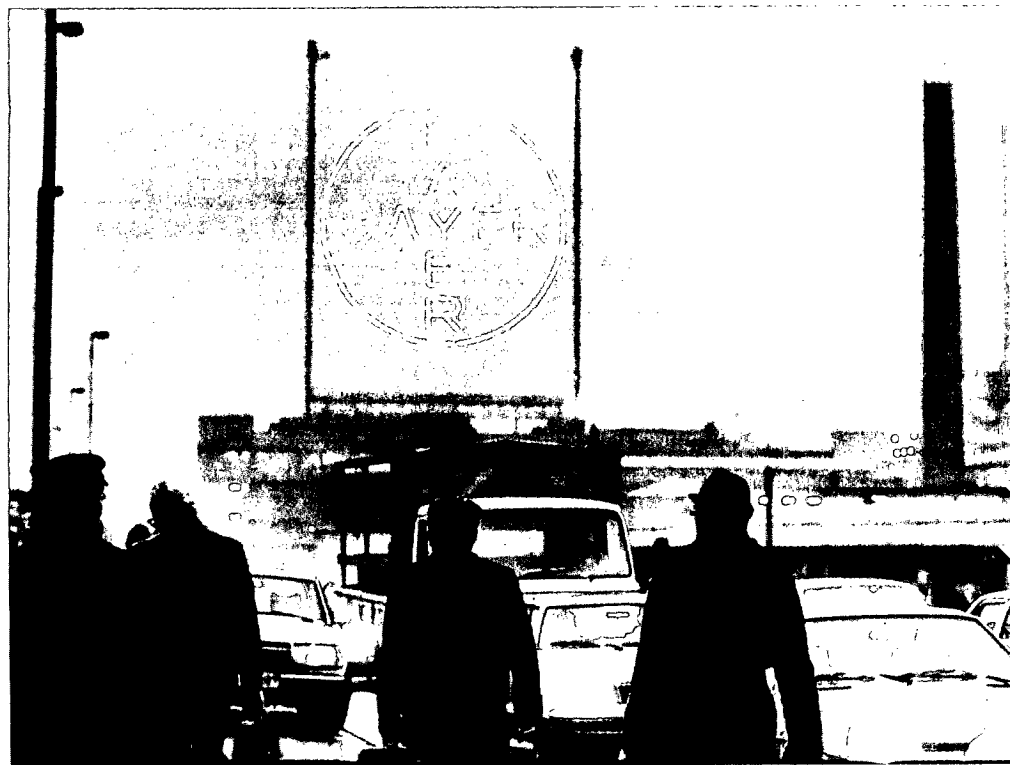
Die beiden Experten sagten ihren Gastgeber ein ähnliches Sicherheitszertifikat zu, wie es in der Bundesrepublik vorgeschrieben sei. Denn Zufall oder nicht, schon im vergangenen Jahr hatte die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (Geschäftsführer: Birkhofer; Aufsichtsratschef: Bochmann) vom Forschungsminister Heinz Riesenhuber den Auftrag erhalten, die Sicherheit des KWU-Exportmodells zu überprüfen. In Ankara kündigte Bochmann an, das Ergebnis werde bald vorliegen.

Die Studie kostet den Steuerzahler knapp 900 000 Mark, und sie macht nur Sinn, wenn sie als Exporthilfe für die KWU gedacht ist. Denn es ist nicht geplant, hierzulande die Genehmigung für die Exportversion zu beantragen.

Dem Innenminister liegt der KWU-Erfolg so sehr am Herzen, daß er bereits

am 21. Februar an seinen türkischen Kollegen, den Staatsminister Ismail Özdaglar, werbende Zeilen schrieb: Die Untersuchungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit ließen jetzt schon die Aussage zu, daß die deutschen Sicherheitsansprüche „grundsätzlich erfüllt werden“. Es sei ein „vergleichbares Sicherheitsniveau“ gegeben, und er, Zimmermann, hoffe, „alle bei Ihnen noch bestehenden Zweifel“ ausgeräumt zu haben.

Daß Bonn der KWU so gefällig den Weg zu dem Drei-Milliarden-Mark-Auftrag bahnt, ärgert einen heimischen Mitbewerber, den Konkurrenten BBC. Die Firma hatte sich ausgerechnet, als Zulieferer von nicht-nuklearen Anlagen



Bayer-Werk in Leverkusen: Noch glänzender als die Konkurrenz

für die Kanadier in Akkuyu zum Zuge zu kommen. Dafür braucht sie allerdings eine Hermes-Bürgschaft über einige hundert Millionen Mark.

Doch im Gegensatz zur Siemens-Tochter KWU lief die BBC mit ihrem Antrag bei der Regierung auf. Es sei eine politische Entscheidung, ließ Finanzstaatssekretär Hans Tietmeyer den BBC-Vorstand wissen, in diesem Fall nur Nukleartechnik über Hermes abzusichern.

BBC wirft nun der Kohl-Regierung willkürliche Eingriffe in die Marktwirtschaft vor und suchte nach Verbündeten für ihr Anliegen.

Offenbar mit Erfolg: Inzwischen beschwerte sich der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer beim Hüter der reinen Marktwirtschaft, Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, über die Diskriminierung von BBC.

CHEMIE

Kräftig aufgeräumt

Die Krise ist vorbei: Der deutschen Chemie-Industrie geht es blendend – und es soll noch viel besser werden.

Herbert Grünewald, der Chef des Bayer-Konzerns, fühlt sich von Naturfreunden umstellt: „In einer Welt der Feindseligkeit kann kein rechter Fortschritt gedeihen.“

Doch so sehr die fortschreitende Umweltvergiftung zahlreiche Zweifel an den Segnungen der Chemie-Industrie bewirkt – beim Geldverdienen sind die

Fortschritte der Branche unübersehbar. Dem zweitgrößten deutschen Industriezweig geht es so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr; die Chemie befindet sich mitten im Boom. Die drei Multis BASF, Bayer und Hoechst erwarten 1984 Rekordgewinne.

Die Produzenten von Pillen und Plastik, Fasern und Farben, Kunstdünger und Klebstoffen hat es selbst überrascht, wie zügig es wieder bergan geht. Vor zwei Jahren noch hatten die Chemie-firmen einen Ertragsrückgang von rund 25 Prozent einstecken müssen, viele von ihnen mußten Kurzarbeit anmelden. Grünewald: „1982 war für die Branche eines der schwierigsten Jahre.“

Das Tief dauerte nicht lange. Bereits im vergangenen Jahr steigerte Hoechst die Gewinne um 35 Prozent, der Branchenführer BASF legte gar um 66 Prozent zu. Noch glänzender steht Bayer